

# Presseinformation



**Julia Klöckner, MdL**  
**Vorsitzende der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1**  
**70. Plenarsitzung, Mittwoch, 14. Mai 2014**

**Aktuelle Stunde**  
**„Untreue und Falschaussage –**  
**Urteil gegen Ex-Finanzminister der SPD-Landesregierung“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

14.05.2014

Anrede

Es gibt Ereignisse, die in die **Geschichte des Landes**, ja in die Geschichte der Bunderepublik eingehen.

Die SPD-Landesregierung unter Herrn Beck wollte mit dem Ausbau des Nürburgrings Geschichte schreiben. Das ist ihr gelungen – **zu einem sehr hohen Preis!**

**Noch nie** zuvor wurde hier ein Mitglied der Landesregierung für sein **Regierungshandeln von einem Gericht zu einer Gefängnisstrafe** verurteilt.

**Dreieinhalb Jahre Haft.**

Warum?

- Weil ein Minister die Möglichkeiten, die er im Amt hatte, ausnutzte, **um Gesetze zu brechen.**
- Weil er seine Kompetenzen und **Amtsbefugnisse missbrauchte.**

Frau Dreyer, Herr Lewentz, Herr Kühl und Herr Hering – das Landgericht hält Ihren Parteifreund, Ihren ehemaligen Kabinettskollegen und früheren Finanzminister Deubel – dem Sie vor Gericht nochmals den Rücken gestärkt haben – **in 14 Fällen der schweren Untreue für schuldig.**

Und wegen **uneidlicher Falschaussage**: Im Nürburgring-Untersuchungsausschuss habe er dem Landtag die Unwahrheit gesagt.

**Historisch einmalig** sind auch die Beträge, über die wir sprechen. Ein SPD-Minister hat sehenden Auges **Vermögen des Landes vernichtet und Weiteres gefährdet.** Über eine **halbe Milliarde Euro**. Geld der **Steuerzahler**. Geld, das jetzt woanders fehlt – bei der **Schwangerenkonfliktberatung** oder an den Schulen.

Fast **vier Stunden Urteilsverkündung** machten deutlich, dass die Katastrophe rund um den Nürburgringausbau nicht einfach so passierte. Sie hat sich lange abgezeichnet. Mit erheblichen Auswirkungen für unser Land.

Heute geht es **nicht um die juristische Beurteilung.** Das schriftliche Urteil und die Revision stehen noch aus.

Als Parlament sind wir aber dazu aufgerufen, eine **politische Bewertung** vorzunehmen. Heute, in der ersten Sitzung des Parlaments seit der Urteilsverkündung.

Mit dem Urteilsspruch vor Ostern ist die Nürburgringaffäre nicht abgeschlossen, sondern wir stehen jetzt erst am Anfang der **Aufarbeitung der politischen Mitverantwortungen**. Mitverantwortung von heute noch aktiven SPD-Politikern.

Die Rheinpfalz schrieb treffenderweise:

*„... für den Verlust von noch mehr Geld in der Zeit nach Deubel sind auch andere verantwortlich.“*

Sehr geehrte Damen und Herren, **Herr Deubel war nicht alleine**, er stieß **nicht auf erbitterten Widerstand** seiner Kabinettskollegen. Im Gegenteil. Deubel war bei allem mit dem **Segen Becks** ausgestattet. Politische Verantwortung hat aber bisher nur einer übernehmen müssen, Herr Deubel.

**Moralisch** sind aber noch weitere mit ihm im Boot.

Alle in der Regierung wollten am **ganz großen Rad** des internationalen Rennsports mitdrehen. Und als das Rad sich nicht drehen wollte, dann begannen die Durchhalteparolen, die Versprechungen wider besseres Wissen. Die **Landtagswahl** stand bevor.

Dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett ging es in erster Linie um den **Machterhalt der SPD** und darum, sich irgendwie über die Landtagswahl 2011 zu retten.

**Wurden die Wähler bewusst getäuscht?**

**Angeblich habe** niemand in der Mainzer Landesregierung am **Deubelschen Finanzwirrwarr** zweifeln können.

Mag das noch einer ernsthaft glauben?

**Dabei gab es neun Kabinettsitzungen**, in denen sich der Ministerrat bis zum Scheitern der Privatfinanzierung mit dem Nürburgring beschäftigt hat. Auch die Begründung der **Ministerpräsidentin vor Gericht**, der Kollege Deubel hätte immer so gut erklären können, ist nicht sehr originell.

**Fürs gut erklären gibt es keine dreieinhalb Jahre Haft.**

Vielleicht wollte man in der SPD-Regierung auch **nicht so genau hinschauen**. **Was wurde denn getan** wurde, als sich immer mehr Zweifel ergaben?

Es gab stundenlange Sitzungen der Ausschüsse, in denen die **Opposition** bohrende Fragen stellte.

Jeden Tag gab es auch in der **Presse** neue, drängende Fragen.

Von der SPD kam nichts. Engagement gab es nur, wenn es darum ging, die **Opposition zu diskreditieren**.

Der **FDP-Fraktionschef Mertin** fragte zu Recht, warum sich die Regierung denn nicht im Bundeszentralregister über ihre kriminellen Geschäftspartner informiert hatte. Dafür musste er sich von Ihnen, Frau Schleicher-Rothmund, als "**Geisterfahrer**" beschimpfen lassen. Wer auf der falschen Spur Gas gab, das war die SPD.

Am Totalschaden waren viele beteiligt ...

- **Herr Lewentz,**

wie war das mit den beiden Polizisten, die in der Affäre um den Nürburgring-Ausbau nach eigener Einschätzung „**von ganz oben**“ **von Vorermittlungen abgehalten** wurden.

Auch den **Bericht des Landeskriminalamts aus Mai 2009** haben Sie gestoppt, Kontrollfunktionen gezielt ausgeschaltet.

- **Herr Hering,**

Sie waren es, der damals die **Verträge mit Herrn Lindner, Herrn Richter** und Co. ausgehandelt und durch den **Aufsichtsrat gewunken hat**.

In der **Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses** am 30.3.2010 behaupteten Sie, der Vertrag stelle sicher, dass „**keine Belastungen für die Steuerzahler**“ entstehen (Quelle: ddp, 30.3.2010).

Herr Hering, Sie haben damals an einem **Unternehmer mit gerade einmal 70.000 Euro Eigenkapital festgehalten**. Jeden Baufinanzierer einer Bank würde man entlassen, wenn er wie Sie die Kreditwürdigkeit eines Geschäftspartners prüfen würde.

- **Herr Dr. Kühl,**

Sie waren stellvertretender Vorsitzender im **Aufsichtsrat der ISB**. Unter Ihrer Verantwortung hat die ISB auch die erforderlichen Beschlussvorlagen für Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung zur Übernahme der Finanzierung vom Liquipool vorbereitet. Inwieweit haben Sie dabei eigentlich über **Verluste in der so genannten Einschwungphase** informiert?

Sie haben bis zum Schluss Ihre **Hand über die Finanzierungstricks** gehalten.

Ihr damaliges Wirtschaftsministerium, Herr Dr. Kühl, stellte mit der „letzten Unterschrift“ sicher, dass die RIM-Finanzierung in Höhe von 85 Mio. Euro über Mediinvest an die MSR erfolgen konnte. **Diese stillen Beteiligungen sind ins Visier der EU-Kommission geraten**.

**Viel sagt der Vermerk des Abteilungsleiters** im Wirtschaftsministerium aus: Dieses Projekt sei nicht mehr zu stoppen. Das Projekt musste also kommen. Es war politisch gewollt.

Und Frau Dreyer, glauben Sie wirklich, ihr Ziehvater Beck und Ihr Kollege Prof. Deubel hätten sich **von einem Wirtschaftlichkeitsbeauftragten stoppen lassen?**

**Nicht die Verwaltung hatte versagt, es war die Politik.** Denn Gesetze und Bestimmungen, die die Politiker zur Wirtschaftlichkeit im Umgang mit Steuergeldern und Staatsvermögen verpflichten, gibt es schon heute. Nur einhalten muss man sie wollen.

Wir brauchen **nicht mehr Ampeln**, man muss sich einfach nur daran halten, wenn die **Ampel rot leuchtet**.

Verschiedene Regierungsmitglieder waren nicht nur BETEILIGT, sondern das Unheil wurde erst durch das bewusste ZUSAMMENWIRKEN der verschiedenen Kabinettsmitglieder möglich!

Sehr geehrte Frau Dreyer,

die **strafrechtliche Verantwortung** übernimmt Herr Deubel. Die **politische Verantwortung** ruht jedoch auf vielen Schultern, auch auf Ihren.

Und welche **Konsequenz ziehen Sie, Frau Dreyer?**

Die Allgemeine Zeitung Mainz (17.4.2014) fasst es so zusammen:

*„Interessant ist ein Detail: Die Landesregierung hat nach Auffassung des Gerichts den Nürburgring „sehenden Auges“ auf die Insolvenz zusteuern lassen – nach dem Rücktritt Deubels 2009. Das könnte für aktive Regierungsmitglieder noch ungemütlich werden.“*

Und mit den Worten der Rheinzeitung:

*„... dass Deubels Nachfolger Carsten Kühl und der damalige Wirtschaftsminister Hendrik Hering vor allem bestrebt waren, das Ring-Projekt mit einer windigen Verpachtung an das Duo Richter/Lindner vor den Landtagswahlen scheinbar zu lösen. Letztlich steuerten sie den landeseigenen Nürburgring damit in die Insolvenz. Beide sind noch in hohen Ämtern.“*

Uns wird noch intensiv die Frage beschäftigen, ob es sich hier um eine **Insolvenzverschleppung** handelt!

Deshalb warten wir gespannt auf zwei Unterlagen, deren Inhalte uns hier noch beschäftigen werden:

- 1) Das **schriftliche Urteil**. Bis Herbst hat das Landgericht hierfür Zeit.
- 2) Und die ausstehende Prüfung durch den **Landesrechnungshof**.

Im Ergebnis bleiben auch nach diesem Urteil viele Fragen zur Affäre Nürburgring offen. Frau Ministerpräsidentin Dreyer, wir erwarten, dass Sie hierzu Stellung beziehen